



**Karl Nehammer, MSc**  
Bundesminister

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.417.801

Wien, am 20. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hannes Amesbauer und weitere Abgeordnete haben am 20. Mai 2021 unter der Nr. **6775/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Pro-palästinensische Demo am 15. Mai 2021 in Graz“ gerichtet.

**Zur Frage 1:**

- *Durch wen wurde(n) diese Demonstration(en) angemeldet?*

Die Versammlung wurde durch eine Einzelperson angezeigt.

**Zu den Fragen 2 bis 5:**

- *Wurde seitens der LPD Steiermark eine Untersagung geprüft?*
- *Wenn ja, unter welchen Gesichtspunkten wurde diese überprüft?*
- *Wenn ja, warum wurde von einer Untersagung abgesehen?*
- *Wenn nein, warum war das in diesem Fall nicht erforderlich?*

Ja, es wurde – wie bei der Bearbeitung aller Versammlungsanzeigen – geprüft, ob Untersagungsgründe vorliegen. Eine Überprüfung erfolgte im Sinne des Versammlungsgesetzes und der COVID-19-Maßnahmen-Verordnung. Rechtlichen Voraussetzungen für eine Untersagung lagen nicht vor.

**Zur Frage 6:**

- *Wie viele Polizeibeamte waren von welcher Einheit bei dieser Demo im Einsatz?*

Bei der Demonstration waren insgesamt 95 Exekutivbedienstete im Einsatz und zwar aus dem Stadtpolizeikommando Graz, der Ordnungsdiensteinheit des Stadtpolizeikommandos Graz, der Einsatzeinheit, des Kriminaldienstes und der Logistikabteilung der Landespolizeidirektion Steiermark.

**Zu den Fragen 7 bis 10:**

- *Gab es Übergriffe gegen Polizeibeamte?*
- *Wenn ja, wie viele Übergriffe gegen Polizeibeamte gab es?*
- *Wurden Polizeibeamte verletzt?*
- *Wenn ja, wie viele Polizeibeamte wurden verletzt?*

Es kam zu keinen Übergriffen und es wurden auch keine Polizeibeamte verletzt.

**Zu den Fragen 11 bis 14:**

- *Wurde während des laufenden Einsatzes eine Auflösung der Versammlung in Erwägung gezogen?*
- *Wenn ja, unter welchen Gesichtspunkten wurde dies in Erwägung gezogen?*
- *Wenn ja, warum wurde von einer Auflösung abgesehen?*
- *Wenn nein, warum war das in diesem Fall nicht erforderlich?*

Nein, es lagen aber auch keine Umstände während der laufenden Versammlung vor, die eine Auflösung gerechtfertigt hätten.

**Zu den Fragen 15 bis 17:**

- *Kam es im Zuge dieses Einsatzes zu Einkesselungen von Teilnehmern?*
- *Wenn ja, weshalb?*
- *Wenn nein, warum war dies nicht erforderlich?*

Nein.

**Zu den Fragen 18 bis 21:**

- *Kam es im Zuge dieses Einsatzes zu Absperrungen von Straßen bzw. Wegen?*
- *Wenn ja, welche Straßen und Wege wurden abgesperrt?*

- *Wenn ja, weshalb waren diese Absperrungen jeweils erforderlich?*
- *Wenn nein, warum war dies nicht erforderlich?*

Es kam zu keinen Straßensperren, da die Teilnehmer der Versammlung im Bereich einer Fußgängerzone marschierten und sich an die angezeigte Wegstrecke hielten.

**Zu den Fragen 22 und 23:**

- *Gab es seitens der Polizei im Zuge dieses Einsatzes Aufforderungen an die Teilnehmer, die Covid-Bestimmungen einzuhalten?*
- *Wenn ja, in welcher Form wurden diese Aufforderungen kommuniziert?*

Verbale Aufforderungen, die COVID-Bestimmungen einzuhalten, ergingen sowohl vor als auch während der Versammlung durch den Versammlungsleiter als auch durch Exekutivbedienstete an die Teilnehmer.

**Zu den Fragen 24 bis 26:**

- *Welche konkreten Maßnahmen wurden im Vorfeld dieser Demonstration gesetzt, um jüdische Einrichtungen und Juden zu schützen?*
- *Welche konkreten Maßnahmen wurden während dieser Demonstration gesetzt, um jüdische Einrichtungen und Juden zu schützen?*
- *Welche konkreten Maßnahmen wurden nach dieser Demonstration gesetzt, um jüdische Einrichtungen und Juden zu schützen?*

Bereits im Vorfeld und auch während der Versammlung erfolgte eine verstärkte Überwachung der Synagoge im Rahmen des Objektschutzes. Sämtliche weiteren jüdischen Einrichtungen wurden im Zuge des Streifendienstes verstärkt überwacht.

**Zu den Fragen 27 bis 28:**

- *Wie viele Anzeigen gab es - gegliedert nach konkreten Verstößen - gegen das Verbotsgesetz?*
- *Wie viele Anzeigen gab es - gegliedert nach konkreten Verstößen - gegen das Symbole-Gesetz?*

Es gab weder Anzeigen nach dem Verbotsgesetz noch wegen Verstößen gegen das Symbole-Gesetz.

**Zu den Fragen 29 bis 31:**

- *Wie viele Anzeigen gab es - gegliedert nach konkreten Verstößen – aufgrund von Nichteinhaltung der geltenden Corona-Maßnahmen, insbesondere Maskenpflicht und Abstandsregel?*
- *Gab es abgesehen von den bisher abgefragten Anzeigen weitere Anzeigen?*
- *Wenn ja, aufgrund welcher Straftatbestände, Delikte oder Übertretungen?*

Anzeigen	Anzahl
4. COVID-19-SchuMaV	10
§ 2 Abs. 2 StLSG	2

**Zu den Fragen 32 bis 35:**

- *Wie viele Personen wurden - gegliedert nach Staatsbürgerschaft – insgesamt angezeigt?*
- *Wie viele der angezeigten Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft waren Asylwerber?*
- *Wie viele der angezeigten Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft waren Asylberechtigte?*
- *Wie gliedern sich diese angezeigten Personen auf die jeweiligen Straftatbestände, Delikte oder Übertretungen auf?*

Es wird nur eine Statistik hinsichtlich der Anzahl der angezeigten Übertretungen geführt. Eine Statistik in Bezug auf die Anzahl der angezeigten Personen liegt nicht vor. Des Weiteren führt die Landespolizeidirektion Steiermark – wie alle anderen Landespolizeidirektionen auch - keine Statistik betreffend die Staatsbürgerschaft oder den Aufenthaltsstatus von Personen, die wegen Verwaltungsübertretungen angezeigt werden.

**Zu den Fragen 36 bis 39:**

- *Gab es auch Festnahmen?*
- *Wenn ja, wie viele Festnahmen gab es, gegliedert nach Staatsbürgerschaften der festgenommenen Personen und Straftatbestände, Delikte oder Übertretungen aufgrund der diese Personen festgenommen wurden?*
- *Wenn ja, wie viele der festgenommenen ohne österreichische Staatsbürgerschaft waren Asylwerber?*

- *Wenn ja, wie viele der festgenommenen ohne österreichische Staatsbürgerschaft waren Asylberechtigte?*

Es kam zu keinen Festnahmen.

Karl Nehammer, MSc



